

## „Sind Politiker nicht gewählte Vertreter der Zivilgesellschaft?“



Grenz Echo - 21 Jun. 2019  
Pagina 5

*Von Christian Schmitz Die Eupenerin Katrin Jadin (PFF-MR) ist am Donnerstag erneut als Kammerabgeordnete vereidigt worden. Mit ihr führte das GrenzEcho folgendes Gespräch. Wie haben Sie sich diesmal gefühlt: War es „Business as usual“ oder doch etwas Besonderes? Mit Verlaub, eine Eidesleistung als Föderalabgeordnete als „Business as usual“ zu betrachten, ...*

Von Christian Schmitz

Die Eupenerin Katrin Jadin (PFF-MR) ist am Donnerstag erneut als Kammerabgeordnete vereidigt worden. Mit ihr führte das GrenzEcho folgendes Gespräch.

Wie haben Sie sich diesmal gefühlt: War es „Business as usual“ oder doch etwas Besonderes?

Mit Verlaub, eine Eidesleistung als Föderalabgeordnete als „Business as usual“ zu betrachten, wäre dem Bürger gegenüber absolut respektlos. Das Mandat als Volksvertreter und das damit verbundene Vertrauen, das ein Teil der belgischen Bevölkerung mir entgegenbringt, sowie natürlich die Ehre, die damit einhergeht, Repräsentant des Volkes zu sein, setzt Bescheidenheit, Motivation und Eifer voraus. Es ist und bleibt also immer noch etwas Besonderes.

Sie haben nach den Wahlen sehr enttäuscht gewirkt über Ihr Ergebnis. Was sagen mit dem Abstand von ein paar Wochen dazu?

Empfindungen sind das eine, Fakten das andere. Ich habe mit 17.015 Vorzugstimmen bei weitem das zweitbeste Stimmenergebnis meiner Liste für die Kammer erzielt und habe von allen Kandidaten der Kammer in der Provinz Lüttich das sechstbeste Ergebnis eingefahren. Ich denke, dass ich mit einem solchen Resultat mehr als zufrieden und glücklich sein darf.

In vielen Kantonen habe ich hinzugewinnen können, was zeigt, dass meine Arbeit anerkannt wird. Meine Enttäuschung bezieht sich lediglich auf meinen Stimmverlust in den Kantonen der DG, auf die ich in den vergangenen fünf Jahren ganz besonders den Fokus meines politischen Wirkens gerichtet habe. Ich habe fast unmögliche Herausforderungen wie die Refinanzierung für die DG erwirkt und wichtige Herausforderungen aufgenommen, viele Dossier vehement verteidigt und nach vorne gebracht: stets den Nutzen und Mehrwert für meine deutschsprachigen Mitbürger im Blick. Deshalb danke ich jedem der 5.400 Deutschsprachigen, der mir weiterhin sein Vertrauen geschenkt hat.

In den Medien der DG schien es leider oft so, als sei dieses Mandat nicht mehr so interessant. Vielleicht hat auch dies zu meinem Stimmenverlust beigetragen. Es hat fast den Anschein, als sei es heutzutage für die ostbelgische Medienlandschaft besser, wenn die Politiker in der DG laut schreien, abstruse, unrealistische Forderungen stellen, „Fake News“ verbreiten oder sich Erfolge anderer anzueignen versuchen, als realistisch und transparent zu informieren und zu arbeiten. Hauptsache Ego-Oiling gepaart mit pseudoviriler Gockelei...

Sie haben auch gesagt, Sie hätten jetzt „weniger Gewicht“ in Brüssel...

...bei einem Verlust von acht Prozent meines persönlichen Stimmanteils in der DG und bezugnehmend auf die Tatsache, dass meine Partei die Einzige ist, die einer Deutschsprachigen dieses Vertrauen entgegengebracht hat, kann das mein Wirken für die Deutschsprachigen selbstverständlich in Zukunft schwächen. Meine besondere Stärke in der Kammer ist immer das absolute Plebiszit meiner Sprachgemeinschaft gewesen. Aber ich werde mich selbstredend weiter einsetzen und meiner Arbeit mit demselben Eifer wie zuvor nachkommen. So haben meine Eltern mich erzogen.

Ist das Ihre letzte Legislatur als Abgeordnete?

In der Politik erhält man einen Auftrag seitens seiner Mitbürger. Ist dieser Auftrag nicht mehr gegeben, sollte man sich tatsächlich über seinen beruflichen Werdegang Gedanken machen. Die Frage stellt sich demnach aktuell nicht, da ich mit über 17.000 Stimmen einen klaren Auftrag erhalten habe, in meinem Wahlkreis zu den populärsten Politikern gehöre und das Beste für meine Mitbürger bewirken möchte. Was in fünf Jahren sein wird, kann ich nicht vorhersagen.

Welche Projekte wollen Sie vor allem in der kommenden Legislatur in Angriff nehmen?

In Bezug auf die anstehenden Infrastrukturprojekte wird es wichtig sein, das Dossier des Polizeigebäudes weiter voranzutreiben. Ich wünsche mir, dass die lokale und die föderale Polizei weiterhin an einem gemeinsamen Projekt arbeiten. Ich denke ebenfalls, dass die Feuerwehrreform einiger Anpassungen bedarf, ganz besonders in Bezug auf das Statut der freiwilligen Feuerwehr. Als ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Handelsrecht liegt mir die Umsetzung der neuen Regeln im Bereich der Unternehmensgründung natürlich am Herzen. Des Weiteren werde ich mich auch für eine verbesserte Regelung im Bereich der Besteuerung in Grenzregionen einsetzen. Im Bereich der internationalen Beziehungen bleibt mein Wille ebenfalls, die Herausforderung für unser Land, die mit dem Brexit einhergeht, anzugehen und – wenn möglich – zur Chance für unser Land und unsere Region zu verwandeln.

Wie bewerten Sie die Lage auf föderaler Ebene?

Die Lage ist natürlich sehr schwierig, da sowohl im Norden wie im Süden unseres Landes extreme politische Kräfte bei der Zusammensetzung von Koalitionen eine Rolle zu spielen scheinen. Erschwerend kommt hinzu, dass einige Parteien exklusive Koalitionen wünschen. Dies erschwert die Aufgabe der gegenwärtigen Informatoren des Königs umso mehr.

Zur Lage in Flandern: Wäre es vielleicht besser, den Vlaams Belang in die Regierung aufzunehmen und damit „entzaubern“ zu können?

Es ist schon äußerst fragwürdig, dass demokratische Parteien – im Norden des Landes die N-VA, aber im Süden auch die PS – überhaupt keine Skrupel haben, mit extremistischen und freiheitsfeindlichen Parteien über eine Regierungsbildung nachzudenken. Diese Entwicklung ist mehr als besorgniserregend.

Was sagen Sie zum vieldiskutierten Vorschlag der Grünen, ein Kabinett mit Ministern zu bilden, die zumindest teilweise aus der Zivilgesellschaft kommen?

Es ist eigentlich ein Armutszeugnis für unsere heutige Politik zu behaupten, man müsse Zivilgesellschaft und Politik vereinen, denn das setzt voraus, dass diese voneinander getrennt seien. Sind Politiker denn nicht gewählte Vertreter der Zivilgesellschaft? Aber lassen Sie mich mal die Vorzüge der recht undemokratischen und durch die linksorientierten Parteien vorgeschlagenen Lösung hervorheben.

Die Wallonie würde von einer „Mehrheit“ regiert, die von Anfang an strukturell minoritär wäre. Wöchentliche Abstimmungen würden wöchentlich in Frage gestellt: Stabilität sieht anders aus. Des Weiteren würden nicht „gewählte Minister“ aus der Zivilgesellschaft von gewählten Abgeordneten (PTB und CDH) unterstützt werden, die sich weigern, Verantwortung zu übernehmen. Demokratisch einfach surreal, selbst für wallonische Verhältnisse. Ach ja, und nicht regierungsgebundene Organisation würden folglich regieren...

Der Wille der Grünen hier, die Gesellschaft neu zu beleben, bedeutet vor allem das Resultat der Urnen gänzlich außer Acht zu lassen und den Wallonen zu erklären, dass sie „schlecht gewählt“ haben... Jean-Marc Nollet ist einfach frustriert, dass die Grünen nicht den Erfolg eingefahren haben, den sie sich erhofft hatten und dass ihr Traum von einer Koalition aus PS-PTB und Ecolo nun platzt.

Für die Grünen ist alles besser, als mit den Liberalen zu sprechen. Um an ihr Ziel zu gelangen, sind ihnen wirklich alle Mittel recht, selbst eine Minderheit, selbst eine Verneinung der elementaren demokratischen Regeln.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2019 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten